

## **Erwartungen und Forderungen der Kreishandwerkerschaft Elbe-Börde an die Bundes- und Landespolitik**

### **— Klares Bekenntnis zum Meisterbrief. Der Meisterbrief ist ein Qualitätssiegel für das deutsche Handwerk.**

Die Europäische Kommission verfolgt eine Binnenmarktpolitik, bei der die Zulassungspflichtigkeit von Berufen weitgehend undifferenziert als Binnenmarktschranke bewertet wird. Sie will die Reglementierung von Berufen abschaffen. Das Handwerk fordert die Landes- wie Bundespolitik auf, sich für den Erhalt des Meisterbriefes einzusetzen.

### **— Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge zurücknehmen**

Die Finanzpolster der Sozialversicherungen bieten die einmalige Chance, den Griff in die Sozialkassen von Rot und Grün aus dem Jahr 2005 zu korrigieren

### **— Rentenbeiträge**

Die Bundesregierung muss die Gesetzeslage einhalten:

Wenn die Rücklage der Rentenversicherung den Schwellwert von 1,5 Monatsausgaben deutlich überschreitet, muss der Beitragssatz gesenkt werden – zum 01.01.2014 von 18,9 % auf 18,3 %.

Die Rentenpläne der Bundesregierung sind ein Angriff auf die Wettbewerbsfähigkeit der Handwerksunternehmen.

### **— Das EEG (Erneuerbare – Energie- Gesetz) kurzfristig reformieren**

Die Handwerksunternehmen fordern eine klare Begrenzung des Kostenanstiegs und eine gerechte Verteilung der Lasten der Energiewende. Das Handwerk meint, wir brauchen zwingend eine „Effizienzwende“, denn den wirksamsten Beitrag zum Klimaschutz liefert immer noch die Energie die nicht erzeugt werden muss. Rund 40 % des gesamten Energieverbrauches und etwa ein Drittel der schädlichen CO<sub>2</sub>- Emissionen entfallen auf Gebäude. Das Handwerk ist qualifiziert die

energetische Gebäudesanierung auszuführen. Was fehlt, sind zusätzliche Anreize einer steuerlichen Abschreibung.

### — **Befristungen von Arbeitsverträgen nicht einschränken**

Handwerksbetriebe müssen in der Lage sein, sich schnell veränderten Marktbedingungen anzupassen. Befristete Arbeitsverhältnisse sind und bleiben eine wichtige Brücke in Beschäftigung, was eine auf 56 % gestiegene Übernahmequote deutlich macht.

### — **Fachkräftemangel im Handwerk**

Der Mangel an Fachkräften im Handwerk hat bereits heute erhebliche Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft, auf Wachstum und Wohlstand. Im Interesse aller muss daher rasch eine überzeugende Antwort für die Lösung der vielfältigen Probleme gefunden werden. Die Akteure in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft müssen gemeinsam einen aktiven Beitrag leisten.

- Einer handwerklichen Ausbildung stehen nach wie vor Vorurteile und Nichtwissen im Wege. Um alle Potenziale für das Handwerk zu erschließen, muss daher die Berufsorientierung von Kindern und Jugendlichen verbessert werden. Ziel ist es, das Interesse an praktischen Tätigkeiten frühzeitig zu wecken sowie bestehende Vorurteile über Handwerksberufe bei Schülern, Lehrern und Eltern abzubauen.
- Bereits im Kindergarten und Grundschulen bestehende Fähigkeiten frühzeitig erkennen und fördern.
- Programme zur Berufsorientierung sollten bundesweit für alle Schulformen geöffnet werden – auch für Gymnasien.
- Eine größere Nähe von Schule und Wirtschaft muss realisiert werden. Um den Bezug zur Praxis wieder herzustellen, ist es sinnvoll die Wirtschaft in die Konzeption bildungspolitischer Modelle einzubeziehen. Ziel muss es sein, das Bewusstsein der Lehrer und Schüler für wirtschaftliche Zusammenhänge zu schärfen, um so Kindern und Jugendliche frühzeitig auf das Berufsleben vorzubereiten.
- Neue Potenziale lassen sich durch eine gesteuerte und erleichterte Zuwanderung von ausländischen Fachkräften und ausbildungswilligen Jugendlichen erschließen

— **Rundfunkbeiträge sind schnellstens zu korrigieren**

Die angekündigte Evaluierung ist zügig durchzuführen. Die Ungerechtigkeit im Zusammenhang mit Teilzeitbeschäftigten, Filialbetrieben und KFZ sind zu beseitigen. Zum Teil haben sich die Gebühren verfünffacht, dies ist nicht akzeptabel.

— **Vergabegesetz Sachsen - Anhalt entschlacken**

Ein Jahr nach der Einführung des Vergabegesetzes ist das Ziel nicht erreicht worden, dem „wirtschaftlichsten Angebot“ gegenüber dem „billigsten Angebot“ den Vorzug zu lassen.

Es werden zu viele sachfremde Kriterien, wie soziale (Frauenförderung) und ökologische Bedingungen abgefordert, die die Bieter teilweise vor unüberwindliche Hürden stellen. Die objektive Vergleichbarkeit und Bewertung der Angebote überfordert die ausschreibenden Stellen, so dass es zu mehr Ungerechtigkeit und Verunsicherung bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen gekommen ist.

Das Handwerk fordert die Entschlackung des Vergabegesetzes schnellstens vorzunehmen.

November 2013

Kreishandwerkerschaft Elbe- Börde